

THORSTEN GLAUBER

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Trinkwasser ist ein besonders kostbares Gut, das es zu schützen gilt und das auch künftigen Generationen zuverlässig zur Verfügung stehen soll. Um dieser Verantwortung nachzukommen, haben die Regierungsfaktionen ein neues Bayerisches Wassergesetz vorgelegt. Mit der Novelle gehen wir einen wichtigen Schritt, die kostbare Ressource Grundwasser für kommende Generationen zu schützen. Es wird ein Wasserentnahmeentgelt für Grundwasser eingeführt. Das ist nötig, denn aktuell sind unsere Wassernetze unterfinanziert – infolgedessen kommen auf Bürgerinnen und Bürger in strukturschwachen Regionen massive Kostensteigerungen zu. Für uns ist klar: Es muss in Zukunft mehr Geld investiert werden. Außerdem gibt es mit der Gesetzesnovelle im Bereich des Hochwasserschutzes weitere Verbesserungen. Mehr dazu auf Seite 2!

Im Oktober hat die Staatsregierung ein Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie auf den Weg gebracht. Es knüpft nahtlos an das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr an, das der Bayerische Landtag im vergangenen Jahr beschlossen hat. Seither sind zivil-militärische Kooperationen an Hochschulen nicht länger unnötig erschwert. Aktuell wollen wir Erleichterungen im Baurecht und Denkmalschutzrecht schaffen, damit sich die Unternehmen weniger mit langwierigen Genehmigungsverfahren plagen müssen, sondern sich auf Hightech „Made in Bavaria“ konzentrieren können. Mehr zu unserer Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und wie wir sie stärken wollen, lesen Sie auf Seite 3!

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!



IN DIESEM NEWSLETTER

**ERSTE LESUNG DES NEUEN
BAYERISCHEN
WASSERGESETZES**

**WIR UNTERSTÜTZEN DIE
BAYERISCHE SICHERHEITS-
UND VERTEIDIGUNGS-
INDUSTRIE**

**UNSERE SOCIAL MEDIA-
BEITRÄGE – DANKE FÜRS
TEILEN!**

Gesetzesnovelle: Wasser schützen, Hochwasserschutz stärken, Kommunen entlasten

Der Bayerische Landtag behandelte am Dienstag in Erster Lesung die Änderung des Bayerischen Wassergesetzes. Für uns FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag liefert die Reform zentrale Antworten insbesondere zum Hochwasserschutz. Außerdem entlastet sie unsere Kommunen bei neuen Herausforderungen.

Ein Schwerpunkt der Novelle ist die Einführung des Wassercent, mit dem Wasserentnahmen künftig stärker zur Finanzierung des Gewässerschutzes beitragen. Der Wassercent ist Ergebnis zahlreicher einvernehmlicher Abstimmungsrunden mit unterschiedlichsten Verbänden und Betroffenen. Wir haben mit einer guten Portion Ausdauer einen tragfähigen Kompromiss erarbeitet, der den Schutz unserer Wasserressourcen stärkt und zugleich die Interessen der Nutzer berücksichtigt. Weitere Verbesserungen ergeben sich durch das neue

digitale Wasserbuch, das Daten zentral und transparent abbildet und Verfahren nachvollziehbarer macht.

Besonders wichtig für unsere Städte und Gemeinden entlang der bayerischen Wasserläufe sind die deutlichen Fortschritte beim Hochwasserschutz. Künftig liegt dieser im überragenden öffentlichen Interesse. Zudem sinkt die Beteiligungsleistung der Kommunen bei staatlichen Hochwasserschutzmaßnahmen auf nur noch 20 Prozent. Damit schaffen wir faire Rahmenbedingungen für Städte und Gemeinden und können notwendige Maßnahmen schneller realisieren.

Die Reform sieht darüber hinaus eine Beschleunigung wasserrechtlicher Verfahren vor – etwa durch digitale Abläufe, klar definierte Zuständigkeiten und verbindliche Fristen. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion sorgen damit für praxisnahe, effiziente Verfahren und behalten den Gewässerschutz weiter im Blick. Diese Reform etabliert moderne, zukunftsfähige Regelungen für Schutz, Nutzung und Versorgungssicherheit des Wassers – ein entscheidender Beitrag für die Widerstandskraft unseres Landes. Mehr [HIER](#).



Sicherheits- und Verteidigungsindustrie: FREIE WÄHLER-Fraktion sichert nachhaltige Unterstützung zu



Zur Aktuellen Stunde „New Defence in Bayern – Bayerns Führungsrolle in der Verteidigungs- und Rüstungsindustrie festigen und ausbauen!“ im Plenum des Bayerischen Landtags haben wir erneut unsere Unterstützung für Bayerns Sicherheits- und Verteidigungsindustrie demonstriert.

Die Branche ist hoch innovativ und hat immense positive Abstrahleffekte: So wurden etwa das weltweite Satellitennavigationssystem GPS oder das Internet zunächst für militärische Zwecke entwickelt – heute sind die Technologien aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Mit zahlreichen Unternehmensbesuchen – etwa beim Panzerhersteller KNDS (siehe Bild) oder bei

Airbus Helicopters – haben wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion uns in den vergangenen Monaten selbst ein Bild der Innovationskraft bayerischer Betriebe gemacht.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hat in Bayern eine lange Tradition. Jeder dritte Euro, den deutsche Rüstungsunternehmen verdienen, wird in Bayern erwirtschaftet. Im Wachstum der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sehen wir eine große Chance für Betriebe aus anderen Industriezweigen auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern, wie etwa dem Fahrzeug- oder Maschinenbau. Wir befinden uns zudem international in einer ungewissen Situation: Partnerschaften haben sich verändert und globale Allianzen stehen in Frage. Heute ist es deshalb für Bayern, Deutschland und Europa umso wichtiger, bei der Produktion von Rüstungsgütern wieder stärker auf eigenen Füßen zu stehen.

Als FREIE WÄHLER-Fraktion unterstützen wir Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger in seiner Mission, den Defence-Standort Bayern weiter zu stärken. Mit dem 2023 gegründeten „TechHUB SVI“ hat das Ministerium ein wichtiges Vernetzungs- und Unterstützungsangebot für die Branche ins Leben gerufen. Ein weiteres wegweisendes Projekt entsteht derzeit: Das Modellprojekt „Defence Lab Erding“ (DLE) wird ein neues Kraftzentrum für die Kooperation von Bundeswehr und Startups werden. In der Bayernkoalition sorgen wir so für einen zukunftsweisenden Paradigmenwechsel im Umgang mit Bayerns Verteidigungs- und Rüstungsindustrie. Mehr [HIER](#). Das Reel mit unserem wirtschaftspolitischen Sprecher Markus Saller und unserem verteidigungspolitischen Sprecher Bernhard Pohl gibt's [HIER](#).

Regierungserklärung zum Haushalt: Wir setzen ein Zeichen für wirtschaftliche Stabilität und finanzpolitische Solidität

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „Haushalt des Freistaates Bayern“ sorgte für lebendige Diskussionen im Plenum des Bayerischen Landtags. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion zeigt sich deutlich: Wir in Bayern waren nie ein Land, das den Kopf hängen lässt, sondern eines, das anpackt. Genau das bilden wir mit dem Doppelhaushalt 2026/2027 ab. Wir werden zusammen mit dem Koalitionspartner in einer Zeit schwierigster wirtschaftlicher Herausforderungen gegen den deutschlandweiten Trend einen Haushalt ohne Neuverschuldung auf den Weg bringen.

Unsere Vorstellung ist klar: Wir wollen ein Bayern, das in Bildung investiert, Innovation fördert, Sicherheit bietet und klimaneutral wird, ohne an Wirtschaftskraft zu verlieren. Kurzum: ein Bayern, das Tradition und Fortschritt miteinander verbindet. Dabei steht für uns fest: Ein Haushalt muss immer in Generationen gedacht werden – das ist unser Anspruch als Regierungsfraktion und als Stimme der Kommunen im Landtag. Daher wollen wir uns keinesfalls zulasten der jungen Generation verschulden. Ein moderner Staat muss nicht immer mehr Geld ausgeben – er muss vor allem klüger investieren und besser koordinieren.

Wir setzen damit ein Zeichen für wirtschaftliche Stabilität und finanzpolitische Solidität. Gleichzeitig müssen wir nun aber auch den Mut zu Reformen haben: Wir müssen den Staat insgesamt verschlanken, Regelungen abbauen, Standards senken und mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung setzen. Tun wir das nicht, gefährden wir unsere Spitzenstellung in der Wirtschaft und damit dauerhaft die Leistungsfähigkeit unseres Staates. Mehr [HIER](#). Zum Beitrag auf Instagram geht's [HIER](#).



Bayern hat schon oft gezeigt: Wir waren nie ein Land, das den Kopf hängen lässt, sondern eins, das anpackt. Und genau das bilden wir mit dem Doppelhaushalt 2026/2027 ab.



Florian Streibl
Fraktionsvorsitzender

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

FREIE WÄHLER-Fraktion zur Lage der bayerischen Bauwirtschaft



Gibt es endlich Rückenwind für die Baubranche? Aktuelle Medienberichte legen dies nahe und auch wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sehen in der jetzigen Auftragslage erste zaghafte Verbesserungen – eine klare Trendwende bleibt jedoch vorerst aus. Neben steigenden Zahlen bei Genehmigungen von Einfamilienhäusern machen insbesondere die geplanten Investitionen in die Infrastruktur Hoffnung. Bei den Zwei- und Mehrfamilienhäusern gibt es jedoch auch weiterhin kein Wachstum zu verzeichnen.

Mit Blick auf 2026 wird eine Steigerung der Bauinvestitionen und der Bauproduktion erwartet. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum gibt es bereits einen Anstieg bei den erteilten Baugenehmigungen

sowie der Wohnungsbaufreigaben. Diesen sich langsam wieder verbreitenden Optimismus gilt es jetzt zu bewahren und zu stärken. Deutliche regionale Zuwächse zeigen sich in den Regierungsbezirken Ober- und Mittelfranken sowie Niederbayern. Im Gegensatz dazu haben die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben Rückgänge zu verzeichnen.

Die Erwartungen in der Branche bleiben unterdessen verhalten: Fast ein Drittel der Unternehmen sieht eine weitere Verschlechterung der Lage, während lediglich sieben Prozent Verbesserungen erwarten. Das zeigt für uns FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag: Eine Abkehr von zu umfangreichen Vorgaben und eine Veränderung zugunsten geringerer Standards, insbesondere von nicht gesetzlich festgelegten Vorschriften, wird immer bedeutsamer. Nur so können wir auch ohne staatliche Zuschüsse kostengünstiges Bauen ermöglichen. Mehr [HIER](#).

Bayerisches Bodenschutzgesetz: FREIE WÄHLER-Fraktion strebt Verlängerung der finanziellen Unterstützung für Gemeinden an

Der Haushaltsausschuss hat in dieser Woche den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Bodenschutzgesetzes behandelt. Dieses Gesetz regelt, wie Böden geschützt, erhalten und gegebenenfalls saniert werden sollen. Ziel ist es, den Boden als Lebensraum, Rohstoffspeicher, Filter, Wasserregler und Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft langfristig zu erhalten. Artikel 13a regelt darin die Untersuchung und Sanierung alter, stillgelegter Hausmülldeponien von Gemeinden – er gilt aber nur bis zum 31. Dezember 2025. Mit der Gesetzesänderung streben wir als FREIE WÄHLER-Fraktion eine Verlängerung um weitere fünf Jahre – bis Ende 2030 – an. So wollen wir die betroffenen Gemeinden vor den enormen Kosten einer Altlastensanierung schützen.

Normalerweise müssen Gemeinden die Kosten für die Untersuchung und Sanierung von Hausmülldeponien selbst bezahlen, weil sie die stillgelegten Deponien betrieben haben. Sie dürfen diese Kosten aber nicht über Müllgebühren wieder reinholen. Der Grund: Seit 1973 sind in Bayern nicht mehr die Gemeinden, sondern die Landkreise und kreisfreien Städte für die Müllentsorgung zuständig. Um die Gemeinden finanziell zu unterstützen, hat der Freistaat bereits im Jahr 2006 einen Unterstützungsfonds eingerichtet. Der Fonds wird jedes Jahr mit insgesamt 2 Millionen Euro gefüllt – eine kommt vom Freistaat Bayern, eine von den Gemeinden. Damit entlasten wir die Gemeinden, sie tragen aber weiterhin einen Teil der Verantwortung. Die Kosten, die Gemeinden zahlen müssen, werden wie bisher auf alle betroffenen Gemeinden verteilt. Mehr [HIER](#). Zum Beitrag auf Instagram geht's [HIER](#). Den erwähnten Gesetzentwurf zum Download gibt's [HIER](#).



Anhörung zu Veterinärkontrollen und wiederholten Tierschutzverstößen: Wir lehnen Forderungen nach immer mehr Kontrollen ab



Im Umweltausschuss hat in dieser Woche die Sachverständigenanhörung zu Veterinärkontrollen und wiederholten Tierschutzverstößen in der Rinderhaltung stattgefunden. Uns als FREIE WÄHLER-Fraktion ist klar: Jeder Einzelfall ist einer zu viel. Diese Fälle resultieren aber aus individuellen Überlastungen und strukturell vorliegenden hohen Standards, an denen wir auf jeden Fall festhalten wollen. Was wir jedoch brauchen, sind deutliche Entlastungen im bürokratischen Bereich. Wir haben bereits tolle Unterstützungsangebote von den Maschinenringen oder der SVLFG, die überbetrieblich aushelfen oder beratend und – wenn erforderlich – auch seelsorgerisch zur Seite stehen.

Der Experte Eugen Maucher aus Baden-Württemberg, Berater für „Landwirte in Not“, hat uns dabei sehr inspiriert. Er hat eindrucksvoll geschildert, wie wichtig frühzeitige Beratung, menschliche Nähe und

niedrigschwellige Kontaktaufnahme sind, um Überlastungssituationen rechtzeitig zu erkennen und eskalierende Probleme zu vermeiden. Seine Praxiserfahrungen zeigen, wie groß der Unterschied sein kann, wenn Landwirte wissen, an wen sie sich wenden können – und wenn Hilfe nicht stigmatisiert, sondern selbstverständlich wird.

Wir grenzen uns als FREIE WÄHLER-Fraktion klar von der Stoßrichtung der Opposition ab, die den gesamten Berufsstand in Verruf bringen möchte und als Lösung eine erhöhte Kontrollichte vorsieht. Wir stehen an der Seite unserer Landwirte, die mehrheitlich zuverlässig arbeiten und sehr am Wohl ihrer Tiere interessiert sind. Geht es den Tieren gut, so geht es den Betrieben gut – das wissen unsere Landwirte. Daher lehnen wir die Forderungen nach immer mehr Kontrollen entschieden ab.

Uns ist wichtig, dass das niederschwellige Angebot aller Akteure bei den Betroffenen auch wirklich ankommt. Deshalb haben wir vorgeschlagen, einen Flyer mit allen Unterstützungs- und Beratungsangeboten über die Unterlagen zum Mehrfachantrag an alle Landwirte zu versenden. Nur wenn die Vielzahl an Hilfen bekannt ist, können sie im entscheidenden Moment auch genutzt werden. Mehr [HIER](#). Das Reel mit unserer umweltpolitischen Sprecherin Marina Jakob gibt's [HIER](#).

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

Gewalt gegen Frauen stoppen!

Körperliche oder sexuelle Gewalt gehört vielerorts zur alltäglichen Erfahrung von Frauen. Statistisch gesehen kennt jeder von uns eine Frau, die betroffen ist. Am 25. November haben die Vereinten Nationen mit dem „Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ weltweit auf diesen Missstand aufmerksam gemacht.

Wir FREIE WÄHLER im Landtag wollen das Thema häusliche Gewalt innerhalb der Gesellschaft enttabuisieren. Denn weltweit ist die Form der sogenannten häuslichen Gewalt gegen Frauen am meisten verbreitet – also zwischen Personen in einer familiären oder partnerschaftlichen Beziehung.



Die kontinuierliche und bedarfsgerechte Weiterentwicklung des umfangreichen bayerischen Drei-Stufen-Plans „Bayern gegen Gewalt“ leistet im Rahmen des Gesamtkonzepts einen unverzichtbaren Beitrag im Hinblick auf Gewaltschutz.

Das Maßnahmenpaket umfasst unter anderem die Weiterentwicklung gewaltpräventiver Projekte, gezielte psychosoziale Betreuungsangebote, die Etablierung von Fachstellen für Täter- und Täterinnenarbeit sowie ein bayernweites digitales Beratungsportal für gewaltbetroffene Frauen. Dennoch: Es gibt viel zu tun. Beispielsweise müssen in Bayern künftig noch mehr Frauenhausplätze zur Verfügung stehen. [HIER](#) geht's zum Beitrag auf Instagram.



Wusstest Du... #8

Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag stehen unverrückbar dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben können. Bürgerbeteiligung ist für uns nicht nur eine leere Worthölse oder ein Schlagwort. Gelebte Bürgernähe sowie eine aktive Bürgergesellschaft sind für uns in einer Demokratie ein entscheidender Faktor und daher unverzichtbar.

Mit dem deutlichen Votum für Olympische und Paralympische Spiele in München wurden wir in unserer Position bestätigt. Der Bürgerentscheid mit seiner hohen

Wahlbeteiligung zeigt, dass aktive Bürgerbeteiligung sowohl deren Mitwirkungsbereitschaft als auch die Akzeptanz für die getroffenen Entscheidungen stärkt.

Mittels Resolution fordern wir daher eine Stärkung der Briefwahl sowie eine Digitalisierung der Bürgerbeteiligung. Denn ein niederschwelliger Zugang zur Briefwahl erhöht die Bereitschaft zur Teilnahme und stärkt dadurch demokratische Teilhabe. Um bestehende Mitwirkungsmöglichkeiten weiterzuentwickeln, braucht es vor allem eine konsequente Modernisierung durch Digitalisierung. Den Post gibt's [HIER](#).

#StreiblsStandpunkt: Doppelhaushalt 2026 / 2027

Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl beschäftigt sich in der aktuellen Ausgabe von #StreiblsStandpunkt ebenfalls mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf.

Für ihn steht fest: In schwierigen Zeiten steht die Bayernkoalition für solide Finanzen und seriöses Wirtschaften. Der Doppelhaushalt für 2026 und 2027 ermöglicht unseren Kommunen die finanzielle Ausstattung, die sie dringend brauchen. [HIER](#) geht's zum Beitrag.



Wir wünschen Ihnen eine schöne Woche!

Impressum

Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister
Klosterstraße 10
91301 Forchheim
Tel. 09191/6219735
Fax 09191/6219736
thorsten.glauber@fw-landtag.de
www.thorsten-glauber.de